

# In der Diakonie droht ein Konflikt

Jahrzehntelang waren die Tarife des öffentlichen Dienstes feste Orientierungsmarke für zahlreiche andere Bereiche wie etwa die Sozialversicherungen, die freie Wohlfahrtspflege und kirchliche Einrichtungen. Damit ist es in immer mehr Branchen vorbei. So sehen sich die Vertreter der 36 000 Arbeitnehmer in den diakonischen Einrichtungen Niedersachsens jetzt Arbeitgebern gegenüber, die es keineswegs für selbstverständlich halten, die gleiche Acht-Prozent-Forderung wie die Tarifgemeinschaft deutscher Länder gestellt zu bekommen.

„Behindertenbetreuung und Alten-

pflege bekommen heutzutage nicht mehr Steuergeld nach dem Kostendeckungsprinzip, sondern stehen im Wettbewerb mit privaten Konkurrenten, die zum Teil deutlich niedrigere Gehälter zahlen“, sagt Hans-Peter Hoppe, Vorsitzender des Diakonischen Dienstgeberverbandes Niedersachsen. Er schlägt einen nach der jeweiligen wirtschaftlichen Lage der 130 Einrichtungen differenzierten Abschluss vor. Die Jahressonderzahlung, bisher je nach Entgeltstufe 60 bis 90 Prozent eines Monatsgehalts, solle zwischen null und 120 Prozent schwanken können. Wenn dann noch eine Arbeits-

zeitverlängerung von 38,5 auf 40 Stunden hinzukommt, wollen die Arbeitgeber eine Einkommenserhöhung oberhalb der Inflationsrate zahlen.

Auf der Arbeitnehmerseite stoßen diese Bedingungen auf Unmut. In der Gewerkschaft ver.di wird überlegt, die kirchliche Besonderheit aufzukündigen, die Verhandlungen in einer paritätisch besetzten Kommission ohne Streikrecht zu führen. Dann wären Warnstreiks möglich, die die Arbeitgeber allerdings für widerrechtlich halten. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 19. Februar angesetzt.

phi